

# Über alles sprechen

TRIBÜNE-Interview mit Ehud Olmert, Ministerpräsident des Staates Israel

**TRIBÜNE:** Herr Ministerpräsident, was erachten Sie als die hervorragendsten Errungenschaften des nun 60-jährigen Staates Israel?

**OLMERT:** Dass Israel sein 60. Jubiläum feiert, ist schon an sich eine gewaltige Errungenschaft. Sechzig Jahre Wirken und Aufbau, Blühen und Erstarren, in deren Verlauf sich unser kleiner und junger Staat festigte. Er wurde zu einem Zeichen des Stolzes und entwickelte große Anziehungskraft. Bei der Gründung zählten wir 650.000 Einwohner, heute leben in unserem Staat mehr als sieben Millionen Menschen. Gerade in Anbetracht eines so kleinen Landes haben wir die vielleicht vielfältigste Gemeinschaft der Welt aufgebaut. In Israel wohnen Menschen aus allen Kontinenten, aus fast jedem existierenden Staat, jeglicher Hautfarbe, Religion und Weltanschauung, und sie alle nehmen Anteil an unserem Staat. Viele



Sprachen und Kulturen gibt es bei uns, aber dennoch ist es uns gelungen, das Hebräische für jeden zu einer lebendigen Sprache mit starker Ausdruckskraft zu machen. Darauf sind wir besonders stolz, und ich sehe in der Wiederbelebung des Hebräischen eine der größten Errungenschaften unserer neuen und sich erneuernden Kultur. Auch wirtschaftlich wurde viel geleistet und aufgebaut. Unzählige Menschen erhielten nicht nur Lohn und Brot, sondern auch neue Chancen. Das Lebensniveau stieg in beispielloser Weise. Wir entwickelten Wissenschaft und Technik, bauten Forschungsstätten und Akademien auf, die zu den führenden der Welt zählen, richteten Kulturinstitute ein. Trotz der schweren Herausforderungen, mit denen wir uns tagtäglich auseinandersetzen und weiterhin auseinandersetzen müssen, lässt sich in Israel gut leben.

**TRIBÜNE:** Israel wird oft als einzige Demokratie nach westlichem Vorbild im Nahen Osten bezeichnet. Die Bewahrung der demokratischen Grundhaltung ist angesichts der vielfältigen Bedrohungen der Existenz des Staates sicher nicht einfach.

**OLMERT:** Ich bin stolz darauf, der Regierungschef eines Staates zu sein, der im Laufe von 60 Jahren trotz Wirren und Schwanken, mit Zeiten der Schmerzen und der Freuden, in keinem Augenblick seinen demokratischen und pluralistischen Geist aufgab. Dieses Charakteristikum hat sich im Gegenteil fortwährend verstärkt. Wir sind eine Demokratie, die in einem Umfeld völlig unterschiedlicher und teilweise auch unbeständiger Regierungsformen besteht. Darauf können wir stolz sein. Die Stabilität unserer Gemeinschaft und der unbeirr-

te Glaube an das Recht jedes Menschen auf völlige Gleichheit und uneingeschränkte Freiheit in unserem Staate, trotz Existenzbedrohungen und Gefahren, können vielen Staaten der Welt als Vorbild dienen. Im Laufe der Jahre ist es uns gelungen, Frieden mit unseren Nachbarn Ägypten und Jordanien zu schließen und vielfältige Verbindungen anzuknüpfen, auch wenn noch immer so vieles fehlt und wir noch so viel erreichen wollen. Zwar kämpfen wir weiterhin gegen alle, die Terror gegen uns üben, aber die Verhandlungen mit den Palästinensern sind in ein neues Stadium getreten. Wir sind fest entschlossen, die Friedensgespräche fortzusetzen, bis wir die Zweistaatenlösung verwirklichen – meines Erachtens die einzige mögliche Lösung: Zwei Staaten, einen Palästinenserstaat für das palästinensische Volk und den Staat Israel für das jüdische Volk, Nachbarn, die Seite an Seite in Frieden, in Sicherheit und in gegenseitiger Achtung leben. Dies ist das zentrale Ziel, das wir in Kürze zu erreichen hoffen. Ich kenne natürlich alle möglichen Hürden und Fallen, die wir überwinden müssen, bevor wir zu einer dauernden Regelung gelangen können. Aber wir schreiten auf dem Wege dorthin voran und ich glaube, dass wir gemeinsam mit unseren politischen Partnern aller Extremisten Herr werden können, die gegen uns kämpfen und bisweilen die abscheulichsten Mittel benutzen, um den Frieden zu bremsen. Wir werden sie nicht gewinnen lassen. Jene, die Frieden und gute Nachbarschaft anstreben, werden am Ende siegen. Ich hoffe und wünsche den Bürgern Israels, dass das so aufgabenreiche Jubiläumsjahr ein froheres Jahr sein wird als alle 59 vergangenen Jahre.

**TRIBÜNE:** Das iranische Atomprogramm wird in Israel als große Bedrohung gesehen. Wie schätzen Sie die Zusagen von Bundeskanzlerin Angela Merkel ein, sich intensiv für den Stopp der atomaren Aufrüstung im Iran einzusetzen?

**OLMERT:** Vor einigen Wochen gab es einen überaus erfolgreichen Besuch der Bundeskanzlerin, die mit den leitenden Ministern ihres Kabinetts nach Israel kam. Erstmals fand die bestehende gute Zusammenarbeit zwischen Israel und Deutschland mit einer gemeinsamen Sitzung der beiden Regierungen ihren denkwürdigen Ausdruck. Der ganze Besuch stand im Zeichen bilateraler Beschlussfassungen von Ministerien sowie Abkommen zur Zusammenarbeit auf vielen Gebieten – Wirtschaft, Sicherheit, Erziehung, Kultur und Umweltschutz. Bundeskanzlerin Merkel gehört heute international zu den maßgebenden politischen Persönlichkeiten; ich schätze und würdige sie sehr. Auf eindrucksvolle Weise steht sie an der Spitze einer der führenden Nationen Europas und der Welt. Das macht es für mich umso wichtiger, dass wir in wesentlichen Dingen gleicher Meinung sind, und in Bezug auf das iranische Atomprogramm stehen wir gewiss auf dem gleichen Standpunkt: Mehr als einmal erklärte die Kanzlerin, dass sich Deutschland – ebenso wie viele andere Länder – nicht mit einer Nuklearmacht Iran abfinden wird. Als einer der einflussreichen Staaten in der Europäischen Union spielt Deutschland eine wichtige Rolle bei den internationalen Bemühungen, Iran an der atomaren Aufrüstung zu hindern. In den internationalen Gremien tritt die Bundesrepublik für die Verhängung von Sanktionen gegen den Iran ein und beschließt darüber hinaus auch eigene Maßnahmen. Ich denke, dass dieses verantwortungsvolle Handeln ein wichtiges Vorbild für gemäßigte Staaten ist, deren Politik weniger konsequent ist. Nur wenn die internationale Gemeinschaft energisch Druck auf den Iran ausübt, können die diplomatischen Bemühungen fruchtbar sein. Vieles wäre noch auf der Ebene der wirtschaftlichen und diplomatischen Sanktionen gegen den Iran zu tun und das eher gestern als heute. Die internationale Gemeinschaft müsste sich konsequenter und geschlossener dieser kritischen Aufgabe widmen. Auch wenn der Iran seinem Ziel, der Nuklearmacht, noch nicht sehr nahe ist, ist er doch näher, als wir uns wünschen. Deshalb müssen die Bemühungen fortgesetzt und verstärkt werden, die destruktiven Bestrebungen dieses extremistischen Regimes zu stoppen.

**TRIBÜNE:** In der arabischen Welt gibt es weiterhin große Feindseligkeit gegenüber Israel, beispielsweise im Libanon und Syrien, besonders aber in den Reihen der Hamas-Führung. Auch Deutschland hat sich hier um eine Veränderung bemüht und verschiedentlich eine Vermittlerrolle übernommen.

**OLMERT:** Deutschland erfüllte in der Vergangenheit eine Reihe wichtiger und prekärer Aufgaben im Rahmen internationaler, mit Israel verbundenen Vermittlungen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass Israel heute eigene Beziehungen mit vielen Staaten der arabischen Welt unterhält. Mit einem Teil bestehen diplomatische Beziehungen, mit vielen anderen sind es Beziehungen auf anderer Ebene, beispielsweise wirtschaftlicher oder kultureller. Es stimmt also nicht, dass die ganze arabische Welt gegenüber Israel feindlich gesinnt ist. Natürlich gibt es Staaten wie den Iran, dessen Führung weiterhin Hass schürt, nicht nur gegen Israel, sondern gegen alle gemäßigten Kräfte, die den Friedensprozess unterstützen und den Terror bekämpfen. Ich werde mich mit jedem an den Verhandlungstisch setzen, der ernsthaft bereit ist, die Waffen niederzulegen, dem Terror zu entsagen, und unser Existenzrecht anzuerkennen. Ich hoffe sehr, dass sich Syrien und der Libanon den pragmatischen Kräften in der arabischen Welt anschließen werden, und ich will meinerseits jede Anstrengung machen, zum Frieden mit ihnen zu gelangen. Hamas ist jedoch eine Terrorgruppe, die nicht bereit ist, Israel anzuerkennen. Wir, die EU, die USA und die gesamte internationale Gemeinschaft können nicht mit einer Terrororganisation verhandeln, deren Ziel es ist, Unschuldige zu ermorden und den Staat Israel zu schädigen. Hamas hat sein Zentrum in Gaza, und ihre Führung ist direkt verantwortlich für den alltäglichen Terror, der aus dem Gazastreifen verübt wird und in höchster Grausamkeit gegen israelische Bürger gerichtet ist. Wir bekämpfen diese Terrorgruppe energisch und kompromisslos. Niemand sollte sich in die Irre führen lassen: Hamas baut seine Machtbasis im Gazastreifen weiter aus, denn es ist ihr Ziel, noch stärker zu werden, sich mit Waffen auszurüsten, die vom Iran und von Syrien in den Gazastreifen gelangen. Tagtäglich werden Raketen auf unsere Städte abgeschossen und schon wird der nächste Anschlag vorbereitet. Der Hamas-Spitze muss klar sein, dass sie für ihre verbrecherischen Taten einen hohen Preis zahlen wird. Nach meiner Überzeugung liegt es in der politischen Verantwortung Israels, zusammen mit seinen Nachbarn ein lebenswertes Dasein für alle Seiten zu schaffen. Die Stärke und Reife des israelischen Staates, aber auch unsere Sensibilität und unser Verantwortungsbewusstsein sind groß genug, dass wir die schweren Beschlüsse fassen können, die den Friedensprozess kennzeichnen.

**TRIBÜNE:** In den Meinungsumfragen haben Sie stark an Popularität verloren. Maßgebend dafür waren offenbar nicht die Ergebnisse der Vinograd-Kommission, die Fehler im jüngsten Libanon-Krieg feststellte, sondern Ihr energisches Vortreiben einer friedlichen Lösung mit den Palästinensern.

**OLMERT:** Ich glaube aus ganzem Herzen an die Verhandlungen zwischen uns und den Palästinensern. Es ist für beide Völker unabdingbar, zu einer historischen Vereinbarung für eine Zweistaatenlösung zu kommen, doch der Weg dorthin ist noch lang und kompliziert. Meines Erachtens hat der Dialog mit der gemäßigten Palästinenserspitze mehr denn je das Potenzial, zu einer Vereinbarung zu führen. Reife und Weisheit einer Regierung werden unter anderem an deren Fähigkeit gemessen, auf neue Umstände zu reagieren und bestehenden Auffassungen anzupassen. Es ist klar, dass sich die Realitäten nicht an einem Tag ändern. Die Bevölkerung Israels glaubt trotz aller Enttäuschungen über das Verhalten der Nachbarn an Frieden und sehnt ihn herbei. Die Mehrheit der Israelis weiß, dass politischer Stillstand uns keine bessere Situation bescheren wird. Ich kenne alle Einwände gegen Verhandlungen mit den Palästinensern, höre die Zweifel derer, die nichts tun wollen. Ich bin

nicht bereit, mich dem zu beugen! Meiner Meinung nach steht uns jetzt eine Tür offen, es besteht eine reale Chance, bis Ende des Jahres 2008 zu einer Übereinkunft zu kommen, und ich will mit aller Kraft versuchen, ein solches Abkommen zu schließen.

**TRIBÜNE:** Selbst wenn die Palästinenser Ihren Angeboten zustimmen sollten, stellt sich die Frage, ob Sie dabei auf die Bestätigung durch eine Mehrheit der Regierungskoalition und in der Knesset zählen könnten.

**OLMERT:** Israel ist ein demokratischer Staat, und in unserem Parlament ist eine breite Palette von Meinungen repräsentiert. Natürlich werden wir versuchen, die Zustimmung aller Knessetmitglieder zu erlangen, doch leider ist ein Wunsch nicht gleichbedeutend mit der Realität. Ich glaube an die Ziele, die wir uns gesetzt haben, aber um sie zu erreichen, müssen wir die israelische Öffentlichkeit überzeugen. Ohne sie wäre die Umsetzung oder auch nur das Führen von Verhandlungen, wie sie gerade stattfinden, überhaupt nicht möglich. Dass sich die Situation ändern muss, ist von der israelischen Bevölkerung anerkannt und akzeptiert worden. Mehr als sechzig Prozent der Israelis stimmen der Lösung von zwei Staaten für zwei Völker zu. Ihnen gegenüber fühle ich mich verpflichtet. Ich kann nicht einen politischen Prozess ignorieren, den eine Mehrheit als Erfordernis von historischer Tragweite erachtet. Unser weises, starkes und leidgeprüftes Volk ist zu der Überzeugung gelangt, dass es keinen anderen Weg gibt und wir verhandeln müssen. Ich bin mir gewiss, dass diese Mehrheit ihren Ausdruck auch in den Reihen der Politiker finden wird.

**TRIBÜNE:** Sie wurden zum Regierungschef gewählt, nachdem – und obwohl – Sie bereits beschlossen hatten, die ohne Genehmigung errichtete Siedlung Amona zu räumen. Diesen politischen Kurs scheinen Sie inzwischen kaum noch zu verfolgen. Allerdings war im Zuge der Aufgabe aller Siedlungen im Qatif-Block auch zu sehen, dass die palästinensischen Versprechungen in keiner Weise eingehalten wurden – statt mehr Sicherheit steigerte sich der Raketenbeschuss. Ähnliches könnte auch bei einer Räumung der Niederlassungen in Judäa und Samaria geschehen.

**OLMERT:** Palästinenser wie Israelis streben ein Grundsatzdokument an, dessen Erfüllung an die Roadmap gebunden ist. Mein Ziel wird sich nicht ändern: Über alle Kernfragen zu verhandeln, ohne auch nur einen der problematischen Punkte zu übergehen. Wir werden über alles sprechen. Jede Seite wird sich dabei Verpflichtungen auferlegen, die zu erfüllen sind. Ebenso wie wir von den Palästinensern fordern, energischer gegen Terror und Hetze vorzugehen, meine ich, dass auch wir mehr tun müssen bezüglich der illegalen Siedlungen im Westjordangebiet. Ich habe einen Baustopp für neue Siedlungen verhängt. Jetzt wird es keine Erweiterung von Gebäuden in bestehenden Niederlassungen mehr geben, keine Enteignung von Boden zum Aufbau neuer Siedlungen und keine finanziellen Vorteile, wie es sie früher gab, für Siedler jenseits der Grenzen von 1967. Die Räumung illegal errichteter Niederlassungen wird fortgesetzt. Das alles sind keine leeren Parolen. Unsere Politik in dieser Hinsicht ist völlig klar, und wir haben keine Absicht, überflüssige Provokationen zu dulden oder gar zu fördern. Letztlich liegt es in aller Interesse, den Friedensprozess, den wir begonnen haben, zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Wir verstehen völlig die Sensibilitäten auf beiden Seiten, aber unser Standpunkt war vor wie nach Annapolis der gleiche: Räumung von Siedlungen im Westjordanland, ja, doch zum Baustopp in den jüdischen Vierteln von Jerusalem haben wir uns niemals verpflichtet. Das wissen und verstehen alle. Faktisch hat die gegenwärtige israelische Regierung eine größere Anzahl Niederlassungen geräumt als jede vorherige Regierung. Wir werden damit auch fortfahren, entsprechend den Verpflichtungen und unter Wahrung sowohl unserer Hauptstadt Jerusalem als auch der großen Siedlungsblöcke, wie es in der Roadmap und in den Absprachen mit den USA verankert

ist. Bedauerlicherweise müssen israelische Sicherheitskräfte weiterhin auch im Westjordanland tätig werden, denn es fällt den palästinensischen Behörden noch schwer, sich gegen den mörderischen Terror zu behaupten. Sobald die Palästinenser selbst die Verantwortung übernehmen und erfolgreich gegen Terrordrohungen vorgehen können, werden wir ihnen diese Verantwortung sehr gern übertragen. Unsere Investitionen für den palästinensischen Aufbau sind bedeutend, denn es liegt nicht weniger in unserem als im palästinensischen Interesse, die Infrastruktur und eine lebensfähige Wirtschaft aufzubauen, um den Teufelskreis des Terrors und der Feindschaft zu durchbrechen. Jedoch muss jedem klar sein, dass wir keine unkalkulierbaren Risiken eingehen können, die unersetzbare Menschenleben kosten.

**TRIBÜNE:** Eine letzte Frage: Was wünschen Sie sich für Israels Zukunft?

**OLMERT:** Anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Staates Israel, jener sechzig von Schmerz und Trauer erfüllten, aber auch von Spitzenleistungen und Erfolgen gekennzeichneten Jahre, wünsche ich jedem, was ich selbst für den Staat Israel erlangen will: Sicherheit für all seine Bewohner und Frieden mit all seinen Nachbarn.

**TRIBÜNE:** Herr Ministerpräsident Danke für dieses Interview.

Interview und Übersetzung aus dem Hebräischen  
von unserem Israel-Korrespondenten Ilan Hameiri

Meine Bitte geht dahin, zu sehen, daß die Deutschen von heute nicht mehr die Deutschen jener schrecklichen Jahre sind. Die Deutschen haben sich, wie John F. Kennedy es ausdrückte, in zwanzigjähriger friedlicher Aufbauarbeit bewährt. Eine junge Generation ist nachgerückt, und sie hat Anspruch darauf, daß man ihr eine faire Chance gibt im eigenen Lande und im Zusammenleben der Völker.

Willy Brandt, TRIBÜNE-Heft 15 (Juni 1965), S. 1593